

**Vortrag zum Expertenforum des BDIP am 19. April 2010 von Franz-Reinhard Habel, Sprecher des Städte- und Gemeindetages, Berlin:
„Sind kommunale Webseiten noch notwendig? Ein Blick auf England.“**

Soziale Netzwerke werden die Zukunft bestimmen: bei Behörden, in der Politik und bei NGO's. Öffentliche Verwaltungen werden transparenter durch digitale Techniken. Auch die Offenheit nimmt drastisch zu. Beispiel Barack Obama: Er hat eine Website gemacht für Vorschläge seiner Mitarbeiter, wie man Energie sparen könnte. Die Personen mit den besten Vorschlägen hat er anschließend ins Oval Office eingeladen. Das wäre früher undenkbar gewesen.

Webseiten werden künftig für alle Vorgänge der Kommunen das wichtigste Werkzeug sein und das geht weit über eGovernment hinaus. Die Zukunft ist „Smart City“. Für Kommunen ist die Herausforderung dabei besonders groß, denn die Konzepte für „Smart City“ müssen erst entwickelt und umgesetzt werden. Dazu kommt die ständige Auseinandersetzung mit der Technik.

Beispiel: iPad. Hier wird ein innovatives Produkt nur sehr verhalten benutzt und in der Öffentlichen Verwaltung bisher gar nicht. Aber dieses neue Gerät wird unsere Alltagswelt stark verändern.

Thema: Apps. Wo sind die „Apps for democracy“ wo sind die „apps for city“? Ich kenne keine. Das ist eine fantastische Chance der Einbindung der Bürger in die Kommunikation. Die Bürger schicken beispielsweise Fotos von Schlaglöchern in den Straßen an die Verwaltung, so dass diese darauf reagieren kann. Eine fantastische Form der Bürgerkommunikation für die Kommunen. Auch mobileGovernment wird eine Bedeutung für die Bürgerkommunikation bekommen.

Auf der anderen Seite wird aber auch die Kommunikation der Mitarbeiter untereinander immer wichtiger. 4,6 Mio. Mitarbeiter arbeiten in Deutschland in den öffentlichen Verwaltungen. 2,3 Mio. Mitarbeiter alleine in den Kommunen. Da ist eine Plattform wichtig, um sich auszutauschen.

Über die digitale Lebenswirklichkeit:

Es gibt „Digital natives“, das sind Personen, die mit den elektronischen Medien aufgewachsen sind und sie selbstverständlich nutzen. Und es gibt „Digital imigrants“, das sind die Personen, die die Fähigkeiten es erst später lernen oder lernen müssen. Die Zahl der „Digital natives“ nimmt drastisch zu. Die jungen Leute kommunizieren fast ausschließlich digital.

Die Zahl der Mitglieder in den Sozialen Netzwerken explodiert. Der Trend sind regionale soziale Netzwerke und Nah-Kommunikation, die große Chancen bieten. Das „Bürgerbüro 2.0“ bietet auf dieser Basis gute Chancen.

Twitter & Co. verändert die Kommunikation in den Städten, das kann nicht ohne Konsequenzen für die Bürgerkommunikation bleiben. Daher müssen die heutigen Angebote der kommunalen Verwaltungen geprüft und angepasst werden. Hohe Aktualität und Transparenz muss immer gewährleistet werden.

Beispiel: Schüler in Kleinmachnow haben die Fehlzeiten an ihrer Schule in ein Blog gestellt und damit öffentlich an den Pranger gestellt. Das Land Brandenburg hat dann nicht lange gewartet und die Fehlzeiten ihrer Lehrer an dieser Schule abgestellt. Das zeigt den Einfluss der elektronischen Medien.

Die Bürger wollen nicht in das schwarze Loch der kommunalen Portale schauen, sondern direkt Leistungen abrufen und bewerten. Hier muss die Transparenz weiter zunehmen.

Über die digitale Wirklichkeit der Verwaltung:

Die kommunalen Webseiten bilden nicht die ganzheitliche Wirklichkeit der jeweiligen Städte ab. Es fehlt in der Regel an einer Architektur oder Struktur, die das Gesamtbild einer Stadt abdeckt. Auch bei EGovernment gibt es noch viel zu tun, bis alle kommunalen Vorgänge mit der Verwaltung elektronisch abgewickelt werden können.

Alle kennen Facebook. Warum gibt es kein „Statebook“, wo sich alle Mitarbeiter austauschen können? Wir als Städte- und Gemeindetag arbeiten an einem solchen „Statebook“, damit der Austausch der 2,3 Mio. Mitarbeiter der deutschen kommunalen Verwaltung verbessert werden kann.

In England ist „direct.gov.“ 2004 eingeführt worden. Neben einem Wegweiser zu öffentlichen Diensten, können beispielsweise Pässe beantragt und der gesamte „Work flow“ zwischen Bürger und Verwaltung abgewickelt werden. In Deutschland davon keine Spur. Hier wird durch den Pluralismus leider vieles verhindert.

Wie suchen die Menschen im Netz nach Informationen?

Die Bürger geben bei „Google“ etwas in einen Schlitz ein, um etwas möglichst schnell heraus zu bekommen. Er geht nicht mehr über die kommunalen Webseiten. Dieser Trend wird sich verstärken und wir sollten überlegen, ob sich das nicht verhindern lässt. Die Menschen wollen einfach etwas in einen Suchschlitz schreiben und dann die Information zu erhalten.

Beispiel: Flughafen Stuttgart, letzten Freitag 15 Uhr. Die Webseite des Flughafens meldet, dass der Flughafen wegen des Vulkanausbruchs geschlossen wurde und die Webseite der Stadt Stuttgart meldet, dass der 10 Millionste Passagier am Stuttgarter Flughafen begrüßt wurde. Das ist nicht synchron. Der Nutzer ist verunsichert. Und darüber sollte man nachdenken.

Sieben Thesen zur Zukunft der Kommunalen Webseiten:

1. Kommunale Webseiten müssen die ganze Stadt abbilden.
2. Kommunale Webseiten brauchen Kontakt zu sozialen Netzwerken.
3. Kommunale Webseiten müssen sich stärker der Zivilgesellschaften widmen. Beispiel ein „Engagement Knopf“ anbieten. Ein Vorleser bieten an und Nachfrager fragen ab. Eltern engagieren sich im Kindergarten etc.
4. Kommunale Webseiten müssen in Redaktionen der lokalen Zeitungen eingebunden werden. Beispiele Zuständigkeitsfinder in Baden-Württemberg oder was Herr Kruse in Hamburg gemacht hat.
5. Kommunale Webseiten müssen mit D115 in Verbindung treten.
6. Kommunale Webseiten müssen stärker auf Web 2.0 zugeschnitten werden, um die Chancen einer neuen Kommunikationsstruktur zu ergreifen.
7. Kommunale Webseiten müssen Zugang zu maschinenlesbaren Daten ermöglichen, also „Open Data“. Beispiel hier in England „Data gov“. Da werden Daten der Polizei, Krankenhäuser, der Behörden etc. in die Öffentlichkeit gebracht. Um so etwas bei uns auch umzusetzen, werden Kommunen in Deutschland gesucht, die sich unserem Pilotprojekt von uns beteiligen wollen. Informationen dazu können zugeschickt werden.

Information und Kommunikation (IuK) ist heute ein wichtiger Standortfaktor für eine Region oder eine Stadt. Es wird ein offenes, transparentes und kommunikatives Ambiente wichtig sein, wie sich eine Stadt darstellt.

Wasser, Strom und Gas waren im 19. Jahrhundert wichtige Standortfaktoren, heute ist das Breitbandkabel wichtig. Beispiel Madrid oder Amsterdam. DSL reicht da nicht aus. Wir haben den Weg in eine Gigabyte-Gesellschaft bereits angetreten, der Bildungs-, Gesundheits- und Politikbereich wird davon profitieren.

Die Breitbandkommunikation (Stichwort Glasfaser) wird in der nächsten Dekade in Europa elementar wichtig sein, gerade wenn wir an Asien denken.